

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1, RATHAUS, HALBSTOCK, TUR 247 d-i, 1082 WIEN - TELEPHON 42 805, KL. 2971-2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 11. Juli 1968

Blatt 2151

Geehrte Redaktion!

=====

Der Stadtrat für Gesundheitswesen, Dr. Otto Glück und
Professor Dr. Walter Birkmayer werden Donnerstag, den 18. Juli,
um 11 Uhr, die fertiggestellte

"Modellstation für chronisch Erkrankte"

der Wiener Presse vorstellen. Die Modellstation befindet sich
im Rahmen des Altersheimes Lainz und ist im Pavillon XI unter-
gebracht. Dank neuen wissenschaftlichen Methoden gelingt es
hier, bisher unbekannte oder hoffnungslose Krankenbilder zu
klären und entsprechend zu behandeln.

Wir laden Sie herzlich ein, an dieser Besichtigung teil-
zunehmen und Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Zeit: Donnerstag, den 18. Juli, um 11 Uhr.

Ort: Altersheim Lainz, Pavillon XI
13., Versorgungsheimplatz 1

Zufahrt: Straßenbahnlinie 62

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 15. bis 21. Juli
=====

11. Juli (RK)

Montag, 15. Juli:

- 17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 3. Promenadekonzert; Wiener Konzert-Orchester, Dirigent Jaro Schmied (Werke von Johann und Josef Strauß, Franz von Suppé, Karl Komzak, Rudolf Bibl, Jules Massenet und Emmerich Kálmán)
- 20.00 Uhr, Palais Palffy, Kulturamt der Stadt Wien: 7. Palaiskonzert; Trio Elvetico (Mozart: Sonate F-Dur für Flöte, Cello und Klavier, KV 13; Beethoven: Trio G-Dur für Klavier, Flöte und Cello; Martin: Ballade für Flöte und Klavier; Martinu: Trio für Flöte, Cello und Klavier)

Dienstag, 16. Juli:

- 17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 5. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Wilfried Boettcher (Haydn: Symphonie Nr. 85 B-Dur; Färber: Divertimento in einem Satz op. 57; Beethoven: 4. Symphonie B-Dur op. 60)

Mittwoch 17. Juli:

- 17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert, Domorganist Wilhelm Mück
- 20.00 Uhr, Palais Lobkowitz, Kulturamt der Stadt Wien: Klavierabend Frederick Marvin (Soler: Sonaten c-Moll und h-Moll; Beethoven: Sonate f-Moll op. 57; Werke von Chopin, Granados und Prokofieff)

Donnerstag, 18. Juli:

- 17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 3. Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Jaro Schmied (Werke von Johann und Josef Strauß, Karl Pauspertl, Leo Geitner, Emmerich Kálmán, Max Schönherr und Hans Schneider)

11. Juli 1968

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2153

Donnerstag, 18. Juli:

17.30 Uhr, 12. Bezirk Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien:
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien:
Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Pallavicini, Kulturamt der Stadt Wien:
9. Palaiskonzert; Marina Mauriello, Cembalo - Michael
Frischenschlager, Violine (Werke von Albinoni, J.S.
Bach, Mozart, Scarlatti und Tartini)

Freitag, 19. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Antonsplatz, Kulturamt der Stadt Wien:
Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien:
6. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent
Ladislaus Varady (Mozart: Ouvertüre zu "Der Schau-
spieldirektor"; Beethoven: 8. Symphonie F-Dur op. 93;
Walzel: Adagio aus dem Triptychon für Streichorchester
und Harfe; Mendelssohn: 4. Symphonie A-Dur op. 90)

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt
Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrs-
betriebe

Sonntag, 21. Juli:

20.00 Uhr, Theater an der Wien: "Melodien aus Wiener Operetten";
Orchester und Ballett des Theaters an der Wien, Gerda
Scheyrer, Marion Briner und Peter Minich (Gesang),
Dirigent Rudolf Bibl

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

11. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen, die morgen Freitag fortgesetzt und abgeschlossen wird.

An Anfragen liegen vor: 1 der KLS, 3 der FPÖ und 4 der ÖVP. Die ÖVP hat eine an den Bürgermeister gerichtete Anfrage betreffend Errichtung eines Radstadions überreicht und gemäß der Geschäftsordnung die Verlesung und Besprechung beantragt. Über dieses Verlangen soll morgen, vor Schluß der öffentlichen Sitzung, abgestimmt werden. Die ÖVP hat ferner einen Antrag betreffend Förderung und Errichtung von Allgemeinbildenden höheren Schulen durch die Stadt Wien eingebracht. Dieser Antrag wurde den Gemeinderatsausschüssen II und XI zur Behandlung zugewiesen.

Ein neuer Gemeinderat

Bezirksvorsteher Leopold Mistingger wurde in den Nationalrat berufen. Dadurch wurde das Amt des Bezirksvorstehers frei. Gemeinderat Maximilian Eder wird in der kommenden Woche zum Bezirksvorsteher für den 15. Bezirk gewählt werden. Der nächste in Betracht kommende Ersatzmann, Ernst Cutolny (SPÖ), wurde vorgeschlagen und in der heutigen Sitzung angelobt.

Der Bürgermeister dankte dem bisherigen Gemeinderat Eder für seine intensive und ausgezeichnete Arbeit im Dienste der Verwaltung unserer Stadt. Er dankt weiters dem ehemaligen Bezirksvorsteher und nunmehrigen Nationalrat Leopold Mistingger, der die verantwortungsvolle Funktion eines Bezirksvorstehers seit Februar 1963 ausgeübt hat für seine umsichtige Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung.

Bürgermeister Marek teilte ferner mit, daß der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes, Dr. Otto Friesinger, sein Amt zurücklegt. Doktor Friesinger hat dem Bürgermeister vor wenigen Tagen einen Besuch abgestattet und sich verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit hat der Bürgermeister dem scheidenden Bezirksvorsteher, der diese Funktion seit Juni 1951 ausgeübt hat, für seine erfolgreiche Tätigkeit, die gerade zur Zeit der Besatzung viel Diplomatie erforderte und schwierig und verantwortungsvoll war, seinen und den Dank der Stadtverwaltung ausgesprochen.

Die Wassersituation

Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ) gab einen Bericht zur derzeitigen Wasserversorgungslage. Seit Anfang Juni gibt es eine ununterbrochene Kette heißer Tage. Fachleute haben festgestellt, daß wir in diesem Jahr das trockenste Frühjahrswetter seit Menschengedenken haben und daß es seit dem 20. Februar nur siebenmal ausgiebig geregnet hat. 91 Tage waren überhaupt trocken. Dazu kam heuer noch das frühe Abschmelzen des Schnees während der warmen März-Tage. Mit den steigenden Temperaturen stieg dann auch der Wasserverbrauch entsprechend, bis wir schließlich an einem Tag einen Pro-Kopf-Verbrauch von 404 Liter feststellen mußten. Der Wasserspar-Appell am 19. Juni an die Wiener Bevölkerung, hat erfreulicherweise Gehör gefunden. Leider hielten jedoch die Zuflüsse mit dem Verbrauch nicht Schritt, so daß man Sparmaßnahmen beschließen mußte. Der Stadtrat dankte Presse, Rundfunk und Fernsehen für die in den meisten Fällen objektive Berichterstattung.

Nicht richtig jedoch sei es, wie eine Zeitung berichtet hat, daß das für die Kühlanlage im Allgemeinen Krankenhaus verwendete Wasser nach einmaligen Gebrauch in den Kanal abfließt. Es ist dort eine Umwälzanlage eingebaut, und überdies ist die Anlage überhaupt noch nicht im Betrieb.

Am gestrigen Tag war durch die Erlassung der Sparmaßnahmen der Verbrauch geringer als die Zuflüsse, so daß 13.000 Kubikmeter den Behälterreserven zugute kamen.

Glücklicherweise gebe es in Wien noch keine wirkliche Wasser- not, denn die Versorgung sei in den überwiegenden Teilen der Stadt klaglos. Wir müssen keine Tankwagen zur Notversorgung einsetzen und hoffen, es auch in Zukunft nicht tun zu müssen, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung wie bisher sorgsam mit dem Wasser umgeht.

Mit der Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes in der Unteren Lobau haben wir einen Drei-Jahres-Vorsprung gegenüber dem ständig steigenden Verbrauch erzielt. In unserer Planung war vorgesehen, schon im heurigen Jahr die Wasser der Sieben Quellen einzubeziehen. Durch Schwierigkeiten beim Stollenbau wird dies jedoch erst im kommenden Sommer möglich sein.

Dennoch benötigen wir das Wasser von der Mitterndorfer Senke unbedingt, weil uns dadurch die Möglichkeit gegeben wird, die schon reparaturbedürftigen Hochwasserleitungen I und II gründlicher als bisher zu sanieren.

Er wolle einer übertriebenen Darstellung entgegentreten, derzufolge die Angestellten der Wiener Wasserwerke als Gestapo-beamten geschildert wurden. Wahr ist lediglich, daß die Außenstellenleiter angewiesen wurden, Anzeigen über Mißbrauch und Wasserverschwendung zu überprüfen. Im Verlauf des gestrigen Tages langten 80 solcher Anzeigen ein; die Überprüfung ergab in 30 Fällen tatsächlich mißbräuchliche Wasserverschwendung. Die "Wasserpriechler" wurden von den Außenstellenleitern - wie vereinbart nur ermahnt, nicht aber mit Geldstrafen belegt. Dennoch bleibt der ernste Appell an alle in voller Kraft bestehen, mit dem Wasser sparsam umzugehen. Überschreitungen werden seitens des Wasserwerkes nicht hingenommen, wenngleich auch nicht daran gedacht ist, mit drakonischen Maßnahmen einzuschreiten.

Im Augenblick sind in den Wiener Behältern 347.000 Liter Wasser vorhanden, was als zufriedenstellend bezeichnet werden kann wenn der Zufluß mit dem Verbrauch im gleichen Maß erhalten bleibt.

Die Debatte über den Bericht wird morgen am Ende der öffentlichen Sitzung vorgenommen werden.

Hierauf wird der neue Gemeinderat Outolny zum Mitglied der Gemeinderatsausschüsse VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) und X (Wirtschaftsangelegenheiten) gewählt.

Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht

Vizebürgermeister Felix Slavik referierte nun über den Rechnungsabschluß und den Kontrollamtsbericht für 1967.

In den letzten Jahren hat sich die Finanzverwaltung bemüht, den Rechnungsabschluß möglichst früh fertigzustellen, um dem Gemeinderat sowohl möglichst zeitnahe Ergebnisse als auch gleichzeitig das Ergebnis des Wahrnehmungsberichtes des Kontrollamtes vorlegen zu können.

Der Rechnungsabschluß wurde in der Zeit vom 25. Juni bis 9. Juli öffentlich aufgelegt. Von dem Recht der Einsichtnahme

haben drei Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht und zwei Erinnerungen zu Protokoll gebracht. Die Erinnerungen beschäftigen sich mit einer Verkehrsampelregelung Landstraßer Gürtel und Fasangartenstraße sowie mit einer angeblich nicht funktionierenden Uhr in der Gegend des Südostbahnhofes. Beide Angelegenheiten werden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Der Stand der Rücklage habe wohl nahezu die Milliardengrenze erreicht, doch dürfe man nicht übersehen, daß die Rücklage trotzdem nur 8 1/2 Prozent der Gesamtausgaben decke, während beispielsweise 1953 bis 1956 rund 20 Prozent gedeckt gewesen wären. Das Ergebnis des Rechnungsabschlusses sei im Gegensatz zu den Vorjahren nicht auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen, sondern auf den günstiger als erwartet gestalteten Finanzausgleich und verschiedene Gebührenregelungen. Die Mehreinnahmen seien für zusätzliche Investitionen zur Verfügung gestellt worden, so daß die Vollbeschäftigung nahezu aufrechterhalten werden konnte. Daraus ist zu ersehen, daß die diversen Gebühren- und Abgaberegeln lediglich der Verstärkung der Investitionstätigkeit dienen.

Der in Dezember 1966 abgeschlossene Finanzausgleich habe eine Reihe von Änderungen in der Aufteilung von Steuern und Kosten gebracht und bedeute für die Stadt Wien eine Gesamtverbesserung von rund 50 Millionen Schilling für 1967.

Bei allen Landes- und Gemeindeabgaben (ausgenommen Opferfürsorge und Ausgleichsabgabe) seien Mehreinnahmen, und zwar im Gesamtbetrag von 143 Millionen Schilling zu verzeichnen, während sich zum Beispiel bei den Beiträgen und Ersätzen wesentliche Mindereinnahmen dadurch ergeben haben, daß an die Stadtwerke weitergegebene Darlehen prolongiert wurden. Diesen Mindereinnahmen stünden allerdings gleich hohe Minderausgaben gegenüber. Echte Mindereinnahmen (21,3 Millionen Schilling) ergeben sich aber aus den Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungs-gesetz 1954, da hier der Wiener Anteil um 6 Prozent auf 21,1 Prozent herabgesetzt wurde.

./.

Bei den einmaligen Einnahmen seien besonders durch umfangreichere Grundverkäufe- und Tausche um 43,1 Millionen Schilling mehr erzielt worden.

Die Ausgaben teilten sich folgendermaßen auf: Personalaufwand 28,7 Prozent, laufender Sachaufwand 43,1 Prozent, Investitionen 28,2 Prozent.

Der Personalstand des aktiven Personals betrug am Jahresende 34.938 Bediensteten und war damit gegenüber dem Vorjahr um 939 ständige und um 588 nicht ständige beziehungsweise nicht vollbeschäftigte Bedienstete höher. Die Zahl der Pensionisten ist geringfügig um 151 auf 17.567 gestiegen.

Der Finanzreferent kam dann auf die Ausgaben für bauliche Herstellungen zu sprechen und hob die wichtigsten besonders hervor: mehr als eine Milliarde und 71 Millionen Schilling für den Wohnhausbau, 154 Millionen für die Wasserwerke, 192 Millionen für den Straßenbau, 114 Millionen für die Errichtung von Pflichtschulen.

Die bisherigen Kosten für den U-Bahn-Bau bezifferte Vizebürgermeister Slavik mit 3,4 Millionen für Planungen und acht Millionen für Vorarbeiten für das Grundnetz, für die Probestrecke und die U-Bahn-Wagen wurden bisher 800.000 Schilling ausgegeben.

Wesentliche Aufwendungen erforderte die Förderung des Wohnungsbaues. Allein für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 wurden 372,6 Millionen ausgegeben, wodurch die Gesamtleistung auf zwei Milliarden 545 Millionen stieg. Daraus ergibt sich, daß die Stadt Wien um 630 Millionen mehr Darlehen gewährt hat, als sie nach dem Gesetz dazu verpflichtet gewesen wäre.

Die Aktiven der Stadt Wien belaufen sich auf 11.575,2 Millionen Schilling, denen Passiven in der Höhe von 6.537,8 Millionen gegenüberstehen. Das Vermögen der Stadt Wien beträgt demnach 5.037,4 Millionen. Mit dieser Entwicklung könne man zufrieden sein, stellte Vizebürgermeister Slavik fest. Andere Städte unserer Größenordnung seien enorm verschuldet, wir in Wien sind bemüht, mit den Einnahmen das Auslangen zu finden.

Kontrollamtsbericht

Der Kontrollamtsbericht weist auch auf die Schwerpunkte der verstärkten Investitionstätigkeit hin. Bezüglich der Baudauer von 26 Monaten ist zu sagen, daß diese Baudauer nicht ident mit der Baudauer des einzelnen Hauses ist, sondern sich bei Großbauten auf die verschiedenen Abschnitte bezieht. Die Baudauer für ein Stiegenhaus dürfte bei etwa 18 Monaten liegen.

Zur Feststellung, die Kindergärten weisen nur eine 77prozentige Ausnützung aus, ist zu sagen, daß hier nur ein scheinbarer Mangel vorliege. Man dürfe nämlich nicht vergessen, daß Gruppen, manchmal sogar ganze Kindergärten, wegen eines Infektionsfalles geschlossen werden müssen und diese Tatsache ihre Auswirkung auf die Auslastung habe.

Im Kontrollamtsbericht wird auch die Gebarung der Wiener Stadtwerke aufgezeigt. Das große Sorgenkind seien die Wiener Verkehrsbetriebe, deren Defizit zwar etwas geringer als 1966 ist, deren finanzielle Situation jedoch trotzdem sehr schelcht sei. Über dieses Problem wird man sicherlich anlässlich der Beratung des Voranschlages 1969 noch ausführlich sprechen müssen.

Die Debatte

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß man zu den beiden Berichten manches Positive. und Kritische, aber auch Negatives sagen könnte. Der vorliegende Rechnungsabschluß weist einen Überschuß statt eines veranschlagten Abganges auf, obwohl die für Investitionen veranschlagten Beträge erhöht werden konnten. Für diese Tatsache seien sicherlich nicht zuletzt die verschiedenen Gebühren-erhöhungen ausschlaggebend. Leider habe die Volkspartei, als sie die Alleinregierung im Staate übernahm, die Lasten auf die arbeitende Bevölkerung in immer größerem Ausmaß abgewälzt, ebenso auf die Länder und Gemeinden. Seine Fraktion habe daher den Standpunkt vertreten, daß die Stadt Wien eine Alternativpolitik zu jener des Bundes betreiben und die Wiener Interessen gegenüber dem Bund verteidigen müsse. Wie der Rechnungsabschluß jedoch zeigt, hat die Mehrheit dieses Hauses diese Alternativpolitik nicht betrieben. Seit Jänner 1967 wurden rund zwei Dutzend Gebühren- und Abgabener-
./.

erhöhungen beschlossen, ebenso wie die neue Wohnbaureform, die die Wohnungssuchenden schwer belastet. Durch die sogenannten Wachstumsgesetze und die Lohnsteuerreform erleidet die Stadt Wien große Einbußen, die in die hunderte Millionen gehen.

Die Gemeinde solle ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Erhaltung traditionsreicher Betriebe und die Ansiedlung neuer Industrien richten. Dafür wären schon 1967 zusätzliche Mittel nötig gewesen. Dazu wäre es auch notwendig gewesen, die großen Entwicklungsprojekte zügig in Angriff zu nehmen.

Die Regierung hole mit einem Griff in die Kassen der Stadt Wien hunderte Millionen Schilling heraus, die man dann im Wege der populären U-Bahn- und Hochwasserschutz-Finanzierung zurückgeben und daraus noch politisches Kapital schlagen könnte! Es bestünde kein Grund, die Leistungen des Bundes noch besonders zu honorieren!

Der Kontrollantsbericht habe gegenüber dem Vorjahr, bemerkt Gemeinderat Lauscher abschließend, an Farbe und kritischer Einstellung verloren; seine Fraktion werden den Bericht aber zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Als nächster Redner ergreift Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) das Wort. Der Rechnungsabschluß 1967 habe, sagte er einleitend, ein günstiges Ergebnis gezeigt. Was ihn besonders bemerkenswert mache, sei der Gegensatz zum pessimistischen Voranschlag. Er erinnere sich noch an die düsteren Prognosen und müsse da schon sagen, bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten einer Einnahmenschätzung, hier liege eine krasse Fehlschätzung vor.

In Wahrheit dürfe Slavik tatsächlich mit Mehreinnahmen gerechnet haben. Man müsse ihm zubilligen, daß er die Abgaben erfaßt hat, die in der Politik des Bundes eine wesentliche Rolle spielen; es dürfte Slavik aber nicht stören, zum "stillen Teilhaber" der Regierung geworden zu sein (Zwischenrufe aus den Bänken der SPÖ). Seit 1966 sei eine Reihe von Abgaben und Tarifen erhöht worden, und wenn die Rücklagen jetzt den Stand der "Rathaus-Milliarde" erreicht hätten, wolle er festhalten, daß dies nur unter großen Opfern der gesamten Bevölkerung möglich war.

Der Kontrollantsbericht, fuhr GR. Dr. Schmidt fort, sei ohne echte Kritik und ohne Mängel aufzuzeigen. Er habe das Gefühl, man sei bemüht gewesen, an der Oberfläche zu bleiben. Der Redner rechnet vor, daß der Bund Wien im vergangenen Jahr 182 Millionen für den Autobahnbau und 44 Millionen für die Bundesstraßen zur Verfügung gestellt habe. "Wir haben aber nur 170 Millionen in Anspruch genommen. Warum mußten 56 Millionen verfallen?" Und er bemängelt, daß das Kontrollamt über die Nichtverwendung beziehungsweise Nichtinanspruchnahme den "Mantel des Schweigens" breitet.

Erfreulich sei der Wohnbau im Bericht weggekommen, die Kosten der Bauten hätten fallende Tendenz, die Wohnungsgröße steigende.

Auch daß rund 90 Prozent der 1967 begonnenen Wohnbauten zentralgeheizt sind, ist anzuerkennen.

Ein weiterer anerkennungswerter Posten ist auf dem Personalsektor zu finden; der öffentliche Dienst hat wieder Zugkraft. So konnten zum Beispiel bei den Pflegeanstalten alle systemisierten Posten besetzt werden.

Zum Schluß wendet sich der Redner der Stadthalle-Filmgesellschaft zu. "Der endgültige Verlust wird erst sichtbar werden. Bis jetzt können wir nur feststellen, daß von der seinerzeitigen Hilfsaktion für den österreichischen Film nichts übrig geblieben ist. Wir haben einem Sumpf geopfert, der uns zunächst die Stadthalle gekostet hat, vor kurzem die Kiba und in Zukunft noch viel von unseren Steuergeldern verschlingen wird."

Der Redner stimmt namens seiner Fraktion wohl dem Rechnungsabschluß jedoch nicht den Kontrollantsberichten zu.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) kritisiert die an und für sich erfreuliche Aussage, daß anstelle des präliminierten Jahresabganges von 402 Millionen ein Plus von 430 Millionen herausgekommen ist. "Hat sich der Herr Finanzstadtrat fast um eine Milliarde verschätzt oder war es ein Zweckpessimismus aus politischen Gründen?"

Der Debattenredner kam hierauf auf die Rücklagen zu sprechen und forderte eine Spezifizierung der Widmung. Die Widmung sollte nicht Sache des Finanzreferenten sein, sie sollte vielmehr dem Gemeinderat vorbehalten bleiben.

Beklagenswert sei der Verlust von 25 Prozent der Bundesmittel für den Straßenbau. 1967 habe der Bund 47 Millionen für Bundesstraßen und 181,1 Millionen für Autobahnen im Wiener Bereich zur Verfügung gestellt, tatsächlich verbraucht wurden jedoch nur 32,2 Millionen für Bundesstraßen und 137,2 Millionen für Autobahnen. Daraus erhebe sich die Forderung nach rechtzeitiger Planung und Koordinierung.

Abschließend stellte der Redner fest, daß seine Fraktion den Anträgen zum Jahresabschluß 1967 zustimmen und den Bericht des Kontrollantes zur Kenntnis nehmen werde.

Der nächste Debattenredner, GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) gab hinsichtlich des Verfalls der Bundesmittel für den Straßenbau zu bedenken, daß man dafür nicht die Gemeinde allein verantwortlich machen dürfe. Bei der Südautobahn erfolgten die Offertstellungen am 21. Oktober 1966, die Genehmigung der Bundesstellen traf jedoch erst am 24. April 1967 ein, so daß nicht früher mit dem Bau begonnen werden konnte. Zu den Verspätungen beim Ausbau der Tullner Bundesstraße von Nußdorf nach Klosterneuburg sei es deshalb gekommen, weil manche Absiedlungen erst 1968 möglich waren.

Es sollte erreicht werden, daß das zur vom Bund zur Verfügung gestellte Geld im Austauschweg auf anderen Baustellen eingesetzt werden könnte, um Verluste zu vermeiden.

Im übrigen sei es unangebracht, die Finanzgebarung der Stadt Wien zu kritisieren und zu übersehen, daß die Rechnungsabschlüsse des Bundes erhebliche Abgänge aufweisen, seit die ÖVP allein die Regierung stelle. Die Abgänge betragen 1966 3.695 Millionen Schilling, 1967 jedoch bereits 7.751 Millionen; diese Zahl werde heuer noch überschritten werden. Noch bedenklicher sei das Ansteigen der ausländischen Kredite.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes werde nicht nur von den Sozialisten kritisiert, sondern bereits auch von Wirtschafts-Experten der Volkspartei. Wohin diese Wirtschaftspolitik führt, das zeigt die Entwicklung des Jahres 1967. Das Bruttonationalprodukt stieg in diesem Jahr weniger als 1966, und auch die Investitionen der Industrie nehmen von Jahr zu Jahr ab. Die gesamte Zuwachsrate für den Privatkonsum ist nur um drei Prozent gestiegen; das ist die geringste Zuwachsrate, die Österreich seit 15 Jahren hat. Dazu kommt noch eine starke Preisauftriebstendenz. Umso erfreulicher sei es daher, daß es in Wien gelungen ist, den Rechnungsabschluß positiv zu erstellen. Die oft geübte Kritik an der Rücklage, hat sich auch im Berichtsjahr wieder als kurzfristig erwiesen. Durch diese Rücklage war es möglich, auf der finanziellen politischen Ebene der Wirtschaftsflaute zu begegnen. Die Beschäftigungslage war in Wien besser als in den anderen Bundesländern und besser als in vergangenen Jahren. Durch die Rücklage hatten wir auch die Möglichkeit, Kredite erst dann aufzunehmen zu müssen, wenn die Kreditbedingungen günstig waren.

In Wien ist es gelungen, die Winterarbeitslosenrate im Baugewerbe mit 3,5 Prozent zu halten, während der österreichische Durchschnitt bei 24 Prozent lag. Das zeigt, daß die Wirtschaftspolitik mit der Rücklagenbildung eine vorsorgliche Wirtschaft ist.

Ein erheblicher Teil der Investitionen ist auf den Wohnbaubau entfallen. Wien hat alle mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 notwendigen Landesbestimmungen beschlossen. Leider sind die einzelnen Landesgesetze verschieden und das Bundesgesetz selbst wird bald eine Novellierung erfahren müssen.

Wie günstig sich die Bautätigkeit auch auf die Struktur der einzelnen Bezirke ausgewirkt hat, zeigt unter anderem die Tatsache, daß zum Beispiel Favoriten, seinerzeit der Bezirk mit den wenigsten Badezimmern, heute in der Zahl der Badezimmer an erster Stelle steht. Die Grundlage der Arbeit im Jahr 1967 war nach wie vor das Arbeitsprogramm aus dem Jahr 1964. Es konnte in Wien die Zahl der Kindergartenplätze erhöht und auf dem Schulsektor ist Bedeutendes geleistet worden. Während die Bundesländer nicht in der Lage sind, den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen, hat Wien für die klaglose Durchführung des 9. Schuljahres alle Vorkehrungen getroffen. In Wien wurden in den Jahren 1962 bis 1967 für

Schulmodernisierungen insgesamt rund 400 Millionen Schilling ausgegeben, rechnet man die Beträge für Schulneubauten dazu, ist es insgesamt rund eine Milliarde Schilling.

Während die Stadt Wien also mit dem Stand seines Pflichtschulwesens zufrieden sein kann, bereitet der Mangel an allgemeinbildenden höheren Schulen Anlaß zur Sorge. So wissen wir alle, das es beispielsweise im 23. Bezirk keine einzige derartige Schule gibt. Aber auch in diesem Zusammenhang ist die Stadt Wien dem Bund helfend beigesprungen, indem sie seit Jahren - nur gegen die Erhaltungskosten - elf Schulen mit insgesamt 100 Klassen zur Verfügung stellt.

Auf die schwere finanzielle Belastung der Spitalsgemeinden übergehend - die Bundeshauptstadt hat in diesem Bereich einen Abgang von 800 Millionen Schilling - erinnerte der Gemeinderat an die vielen Versprechungen, die seitens des Bundes zur Entlastung dieser Gemeinden gemacht wurde. Leider sei es bisher nur bei Versprechungen geblieben: nichts sei notwendiger, als daß neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die für die Gemeinden die Erhaltung von Spitälern wirtschaftlich tragbar machen.

Obwohl im Budgetvoranschlag nur 150 Millionen Schilling für Grundankäufe vorgesehen waren, konnte die Stadt Wien Grundstücke im Werte von 250 Millionen Schilling erwerben. Zwar habe man damit das Budget überschritten, aber damit den Bau neuer Wohnungen, Straßen, Schulen und Kindergärten gesichert. Insgesamt sind es 2,340.000 Quadratmeter Grund, die in den Besitz der Gemeinde Wien übergangen.

Leider handle es sich nicht immer um zusammenhängende Grundstücke, und es komme oft genug vor, daß Bauvorhaben durch in fremden Besitz befindliche Riemenparzellen nicht in Angriff genommen werden können. Die Schaffung eines Grundstückskassanierungsgesetzes bleibe also weiterhin dringendes Anliegen.

Gemeinderat Neusser (ÖVP) unterzog die Ansätze der Investitionsliste und die Ansätze des Rechnungsabschlusses

einer Kritik und kam dabei zu dem Ergebnis, daß in zahlreichen Fällen die vorgesehenen Budgetsummen aus unbegreiflichen Gründen nicht verbraucht wurden, sich dafür aber im Budgetvoranschlag 1968 um so höhere Ansätze vorfänden.

Der Kontrollamtsbericht enthalte unrichtige Angaben. Im Bericht heiße es, der Bund habe für die Autobahnen und Bundesstraßen 170,7 Millionen zur Verfügung gestellt. Das sei eine Unwahrheit, es seien 228,1 Millionen gewesen. Ein SP-Redner habe dazu gesagt, der Bund sei schuld, daß die Gemeinde die Gelder nicht voll in Anspruch nehmen konnte, aber das falle auf die Mehrheit zurück. Er wolle keineswegs die Verhandlungen zwischen Wien und dem Bund dadurch diskreditieren. Aber man solle sich bessere Ausreden einfallen lassen, wenn man Geld unwiederbringlich verlorengelasse. Er könne zu keinem anderen Schluß kommen, beendete Gemeinderat Neusser seine Rede, daß wieder einmal schlechte Planung und Koordination vorliege. / GR. Nekula (SPÖ). Der Kontrollamtsbericht zähle 153 Seiten, begann er, 1928 seien es nur 13 Seiten gewesen. Er habe, meint der Redner, überlegen wollen, ob beim ersten Kontrollamtsbericht das Ergebnis einer schlechten Verwaltung sei, wie sein Vorredner gemeint habe. Aber dies sei in Wirklichkeit durch die soziale Entwicklung der Stadt entstanden.

Er sei nicht der Auffassung, im Kontrollamtsbericht sei nichts drinnen. Wir beschwerten uns über die Boulevardpresse, sagte GR Nekula, und dann bedauern wir, daß kein Skandal drinnen ist, den wir ausschachten können. - Im Kontrollamtsbericht sei angegeben, daß für den Körpersport 1967 9,8 Millionen Schilling (das sind um 58 Prozent mehr) ausgegeben wurden. Wenn nun der Präsident eines traditionsreichen Fußballvereines festgestellt habe, die Ursachen des Abstieges des Vereines lägen bei den öffentlichen Körperschaften und auch bei der Gemeinde Wien, so sei das sehr problematisch. Man habe nicht davon gesprochen, daß vielleicht auch die Funktionäre und die Spieler daran schuld sein könnten.

Es sei ihm aufgefallen, daß - im Gegensatz zu immer wieder vorkommenden Bitten um Kindergartenplätze und vorhandenen Wartelisten - nach dem Kontrollamtsbericht nur 77 Prozent des möglichen Belages der Kindergärten ausgenützt seien. Sei nun tatsächlich ein Viertel der Plätze frei? ./.

Der Wert der Statistik werde problematisch, wenn man ihr Zustandekommen wisse: Wenn bei einem Kind Scharlach auftritt, muß bekanntlich die ganze Kindergartengruppe zu Hause bleiben - 20 Plätze scheinen als frei auf; ebenso sei es mit dem einen Monat Urlaub, den jeder Kindergarten hält, und mit der Reinigungswoche. Er glaube, die Statistik sollte geändert werden.

Es sei auch bedauerlich, wenn das Kontrollamt feststelle, daß die Einweisung von Alkoholikern in Trinkerheilanstalten zurückgegangen sei; umso mehr als, wie er gehört habe, nur vierzehn bis sechzehn Prozent als geheilt entlassen werden.

Das Kontrollamt macht wohl sachlich richtige Aussagen, doch müsse man sie korrekterweise im Zusammenhang betrachten.

Zum Thema Montagebau: Es ist begrüßenswert, daß die Termine für Wohnungsvollendungen herabgesetzt werden, andererseits kommen nun die Sorgen des konventionellen Baugewerbes um die Arbeitsplätze. Wohnungen kontra Arbeitsplätze - man müsse über das Problem noch einmal ausführlich diskutieren.

Hinsichtlich der Kritik an der Liegenschaftsverwaltung stellt GR. Nekula fest, daß kein Mensch den Umstand eines faktischen Doppelkaufes durch die Gemeinde bedenke. In der Regel müßte zweimal gekauft werden, nämlich einmal beim Erwerb einer Fläche, die man vorsorglich beschaffe und zum zweiten bei der Freimachung derselben Fläche von Pächtern. Es sei zweifellos ein gutes Geschäft für die Pächter.

GR. Hahn (CVP) wendet sich ausschließlich dem Wohnungs- und Siedlungswesen zu, welches seiner Meinung nach im vorliegenden Bericht stiefmütterlich behandelt wird. Er rechnet nach, daß vor zehn Jahren für 121.000 Gemeindewohnungen 74,5 Millionen Schilling Miete eingenommen und 61,5 Millionen für die Erhaltung wieder ausgegeben wurden. 1967 stehen wir bei 164.500 Wohnungen, wobei 202 Millionen Schilling reine Mieteinnahmen 110 Millionen für die Erhaltung gegenüberstehen. "Für ein Drittel mehr Wohnung gleich 200 Prozent mehr Miete" findet er zuviel, und urgiert den CVP-Antrag vom Februar, freiwerdende Gemeinde-Altwohnungen freizugeben.

Die Betriebskostensteigerung von 1958 mit 48,5 Millionen Schilling auf 1967 mit 160 Millionen Schilling findet er nicht nur hoch, sondern auch durch die Höhe der von der Gemeinde festgesetzten Abgaben "selbstverschuldet"...

Wenn man noch bei den Verwaltungskosten nachrechnet, wo für die heutige Anzahl von 164.500 Wohnungen 34 Millionen Schilling eingesetzt werden, was bei einer Wohnungsdurchschnittsgröße von 50 Quadratmeter über vier Schilling pro Quadratmeter und Jahr ergibt, so möchte er wissen, wer sich da noch trauen kann die ÖVP wegen ihrer Wohnungswirtschaft anzugreifen.

Anschließend wendet sich der Redner dem Problem der Obdachlosenheime zu und stellt die Anfrage, warum von 3,7 vorgesehenen Millionen nur 2,14 tatsächlich verbaut wurden, warum nicht weitergebaut werde und wann das Lager Auhof geräumt wird.

Anschließend kam der Debattenredner auf die Freimachung städtischer Liegenschaften zu sprechen und bemängelte, daß eine derartige Freimachung oft Jahre dauere, da nicht weniger als sieben Abteilungen damit befaßt sind. Er stellte daher den Antrag, eine Zentralstelle für Baurechtsangelegenheiten zu schaffen, was sicher zur Beschleunigung der Erledigungen führen wird.

Zur Zeit werden 53 Prozent aller Wohnbauten in Montagebau ausgeführt, berichtete der Debattenredner, so daß es bereits zu einer Konkurrenzierung zwischen den Montagebaufirmen komme. Erfreulich sei zweifellos das Sinken der Baupreise, alarmierend jedoch, daß mehrere Baufirmen in Konkurs gegangen sind. Darunter seien auch Firmen, die an Gemeindebauten mitgearbeitet hätten. Die Stilllegung von Firmen sei auch für die Gemeinde von Nachteil da es hierdurch zu einem Steuerentgang kommt.

Hinsichtlich der im Zusammenhang mit der Nora-Filmverleih entstandenen Verluste gab der Debattenredner seiner Befürchtung Ausdruck, daß letzten Endes doch die Wiener Steuerzahler für diese Verluste aufkommen werden müssen.

GR. Schreiner (SPÖ) hält zunächst seinem Vorredner entgegen, daß selbstverständlich beim Investitionsaufwand zwischen Ansatzpost und Rechnungsabschluß Diskrepanzen sind. Die verschiedensten Schwierigkeiten stehen oft einem beschlossenen

Vorhaben entgegen. Aber dann so zu tun, als ob über die dadurch eingesparten Gelder durch irgendeine ominöse Kraft oder gar den Finanzreferenten ohne Befragung des Gemeinderates verfügt werde, ist ein bißchen naiv. Sämtliche Überschreitungen werden, sofern sie die Kompetenz des Gemeinderates betreffen, auch im Gemeinderat beschlossen.

Der Rechnungsabschluß und der Kontrollamtsbericht für 1967 zeigen nicht nur die pflichtgemäße Vorsicht, sondern auch die reale Einschätzung, welche bei der Erstellung des Voranschlages praktiziert wurde. Daß so nebenbei ein präliminierter Geberungsabgang von fast 403 Millionen Schilling in einem Geberungsüberschuß von über 27 Millionen verwandelt wurde, kann nur als erfreulich bezeichnet werden.

Das Jahr 1967 war wirtschaftlich betrachtet ein sorgenvolles Jahr. Die Arbeitslosenrate stieg, das Bruttonationalprodukt sank um fast die Hälfte auf 4,5 Prozent. Umso erfreuter können wir daher unsere Bilanz zur Kenntnis nehmen. Allerdings ist dieser echte Erfolg nicht zufällig erzielt worden, sondern das Ergebnis einer sparsamen Wirtschaft, einer effektvollen und zielsicheren Investitionstätigkeit. Eine genauere Untersuchung muß jedoch einen allfälligen Optimismus trüben. Der sechsprozentige Rückgang am durchschnittlichen Mehraufkommen der Lohnsummensteuer ist ein Alarmzeichen.

Die Bedeutung der Stadt Wien für die Wirtschaft zeigt der Redner mit der Feststellung auf, daß Wien 1967 die gigantische Summe von mehr als 7 Milliarden Schilling als Auftraggeber und Einkäufer fast ausschließlich in die österreichische Wirtschaft und hier wieder zum größten Teil in die Wiener Wirtschaft einfließen ließ. Darüber hinaus haben sich die verschiedenen Förderungsmaßnahmen ausgeweitet und beeinflussen, da sie sich als Investitionsförderung auswirken, stark unsere Wirtschaft. Die Stadtverwaltung greift aber auch durch ihre sogenannten Beteiligungen anregend in das Wirtschaftsgeschehen unserer Stadt ein. Der Redner hob besonders die Bedeutung der im Bauring zusammengefaßten Betriebe und jene der Heilmittelwerke hervor.

Schlußwort

In seinem Schlußwort verwehrt sich Vizebürgermeister Slavik dagegen, Steurerhöhungen mit Gebühren- oder Abgabenerhöhungen zu vergleichen, weil letztere sich nach den Kosten der einzelnen Betriebssparten richten müssen. Man sollte daher nicht den Versuch unternehmen, Gebührenregelungen der Stadt Wien mit Steuermaßnahmen des Bundes zu vergleichen.

Wenn Sie also jetzt - im Zusammenhang mit dem vorhin geäußerten Kritiken - nach dem Haushaltsplan 1969 fragen, kann man nur sagen, daß er nicht genau voraussagen ist. Ein Vergleich der ersten fünf Monate des Jahres 1967 mit dem gleichen Abschnitt im heurigen Jahr zeigt effektiv verminderte Einnahmen um 70 bis 72 Millionen Schilling. Als wir gestern im Finanzministerium den Versuch unternahmen, die Einnahmen der nächsten sechs Monate abzuschätzen, kamen wir auch dort zu keinem Ergebnis. Seit Jänner bewegen sich nämlich die Einnahmen wie in einer Fieberkurve: Im Jänner war es mehr, als man annahm, im Februar wesentlich weniger, im März wieder mehr. Dasselbe Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Gewerbesteuern, die im 1. Monat dieses Jahres einen Abgang von vier Millionen, im zweiten Monat einen Überschuß von neun Millionen Schilling aufwies. Im Juni sanken sie im Vergleich zum Vorjahr von 153 auf 145 Millionen Schilling. Welche Prognose soll man also für das Budgetjahr 1969 stellen?

Die vorhin aufgezeigten Differenzen sind - umgewertet auf den Gesamthaushalt der Stadt Wien so, daß man - global betrachtet - diesen als glücklicherweise sehr geordnet betrachten kann.

Wenn Sie nun die Frage aufwerfen, fuhr Vizebürgermeister Slavik fort, was geschehen soll, wenn der Gemeinde Wien finanzielle Schäden erwachsen, so kann ich nur antworten, daß diese Probleme nicht nur allein Wien, sondern alle Gemeinden und alle Länder Österreichs betreffen würden. Dann gibt es nur ein gemeinsames Vorgehen der Länder und Gemeinden. Es zeige sich immer wieder, daß - wenn auch manchmal erst nach monatelangen Beratungen - eine gemeinsame Auffassung zwischen Ländern und Gemeinden erarbeitet und ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem Bund möglich gemacht wird.

Wenn es auch manchmal den Anschein hat, daß die übrigen Bundesländer das Land Wien unter negativen Aspekten betrachten, dann kann ich nur den Ausspruch des Landeshauptmannes Krainer anlässlich des Stollendurchschlages zitieren: "Die Weaner woll'n wir eh' gern, aber nicht die Wiener".

Stellt man noch einmal abschließend den Rechnungsab-schluß dem Voranschlag gegenüber, so kann man mit Zufrieden-heit feststellen, daß die Stadt Wien trotz der ungleichmäßigen Wirtschaftslage einen Überschuß von 430 Millionen oder 4 Pro-zent für sich buchen kann. Differenzen aber wird es immer geben: Hängt doch beispielsweise die Weiterführung oder Ein-stellung eines Bauvorhabens nicht allein von den vorgesehenen Geldmitteln, sondern auch von den vorhandenen Arbeitern oder den Witterungsverhältnissen ab.

Zu den Überschreitungen: Überschreitungen werden fast alle - ausgenommen kleine Beträge - vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Der Finanzreferent selbst kann also keinesfalls allein entscheiden.

Zur Stadthalle: Es hat nicht nur das Kontrollamt positiv über die Filmproduktion geschrieben, sondern auch der Rechnungs-hof. Es ist zu hoffen, daß auch die Republik einmal darauf kommen wird, daß es eine österreichische Filmproduktion geben muß. Wo die Stadthalle im Inventar steht, sei schließlich gleich-gültig, denn auch die Stadthallengesellschaft gehöre der Stadt Wien. Es ändert sich daher am Eigentum der Stadt Wien nichts. Zum aufgenommenen Kredit: Man sagt ja schließlich auch bei einer Privatperson, die einen Kredit von 10.000 Schilling aufgenommen hat, nicht, daß sie 23.000 Schilling schuldig ist. Bei der Stadthalle macht man damit jedoch Propaganda.

Zu den Erträgnissen von Sammlungen: Man kann ihren Erlös nicht gleich am ersten Tag verbrauchen. Er muß bis zur nächsten Sammlung reichen. Auch ein Lohnempfänger kann sein Gehalt nicht am ersten Tag ausgeben.

Ausnützung der Straßenbaumittel des Bundes. Es sei leider so, daß die Zuschüsse jeweils für ein bestimmtes Bauvorhaben gegeben werden.

Wird nun ein Projekt durch irgendwelche Umstände nicht in der vorgesehenen Zeit verwirklicht, können die Beträge nicht ausgeschöpft werden. Vielleicht wird es in Zukunft hier eine Ausgleichsmöglichkeit geben.

Natürlich gibt ein solcher Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht Anlaß für negative und positive Kritik. Wir haben heute beides gehört. Es liege jedoch in der Natur der Sache, daß das Kontrollamt nicht festhält was alles gut war, sondern in erster Linie Fehler aufzeigt. Es suchen so viele, um bei der Gemeinde Wien irgendetwas zu finden, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Es sei daher besonders erfreulich, daß wir einen Beamtensstand haben, auf den Verlaß ist und der so wenig Anlaß zur Kritik gibt.

Mehreinnahmen bei den Mieten in städtischen Wohnhäusern: Im Jahr 1958 wurde beschlossen, daß die im sozialen Wohnhausbau errichteten Wohnungen besser ausgestattet werden, über ein Bad verfügen, über Parkettböden usw. Während wir früher einen Quadratmeterpreis von einem Schilling hatten, ging man dann dazu über, zwei Prozent der Baukosten zu verlangen. Aus diesem Gemeinderatsbeschluß ergeben sich die höheren Mietzinseinnahmen. Man kann es nicht allen recht machen, denn wie oft wurde die Gemeindeverwaltung angegriffen, weil sie aus Steuermitteln so viel für die städtischen Wohnhäuser verwende.

Es sei falsch, davon zu spreche, daß 53 Prozent der Wohnungen im Montagebau gebaut werden. es gebe ja nicht nur die Gemeindefwohnungen. In Wien würden pro Jahr 12.000 bis 15.000 Wohnungen gebaut, davon 80 Prozent in der konventionellen Bauweise. Der Montagebau habe sich aber bewährt. - Wenn das Kontrollamt von der Verwaltung abhängig wäre, hätte es in seinem Bericht sicher nicht den Hinweis aufgenommen, daß die Stadthalle Zuschüsse braucht. Wir meinen, sagte Slavik, sie sollen es sich selbst erarbeiten. Er hoffe, daß sich die Fusionierung mit der Kiba positiv auswirken und die Stadthalle ihre Schulden selbst erarbeiten werde.

Wenn man die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Wien für das Jahr 1967 betrachte, solle man nicht nur die reinen Investitionen ansehen. Die Erhaltung von Gebäuden beispielsweise finde man nicht bei den Investitionen, sondern im Sachaufwand. Wir hätten auch viele Kreditaktionen für die heimische Privatwirtschaft - nicht nur für Gemeindebetriebe.

Alle Wiener hätten durch ihr Verständnis mit beigetragen zu den großen Leistungen, und zwar nicht für eine anonyme Verwaltung, sondern für jeden einzelnen Wiener. Für das Verständnis aller Wiener sollte der Gemeinderat den Dank aussprechen (allgemeiner Beifall). Wenn das Kontrollamt keine großen Fehler berichte, so müsse man auch den zehntausenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, die vorbildliche Arbeit geleistet haben. (Beifall)

Am Ende seines Schlußwortes dankt Vizebürgermeister Slavik dem Kontrollamt für seine Tätigkeit und bittet, den Anträgen zuzustimmen.

Bei der Abstimmung werden der Rechnungsabschluß 1967 mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP und der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen; die eingebrachten Erinnerungen werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen, der Antrag der ÖVP, betreffend eine Zentralstelle für Baurechtsangelegenheiten wird dem Magistrat, eine ÖVP-Anfrage an den Wohnungsstadtrat bezüglich eines Obdachlosenheimes dem Stadtrat der Geschäftsgruppe IX zugewiesen.

./.

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

Über den Rechnungsabschluß 1967 der Wiener Stadtwerke referierte Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP):

Die Elektrizitätswerke konnten im Jahre 1967 mit der Inbetriebnahme von Block 5 wieder eine wesentliche Verbesserung und Erweiterung ihrer Produktionsanlagen verzeichnen. Bei einem gegenüber 1966 nur geringfügig höheren Personalstand von 3.837 aktiven Bediensteten konnte die nutzbare Stromabgabe gegenüber 1966 um rund fünf Prozent gesteigert werden. Damit liegt die Mengenausweitung des Wiener Stromabsatzes für 1967 wieder über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt von 3,7 Prozent. Dennoch erwiesen sich die Ansätze des Wirtschaftsplanes 1967 mengen- und ertragsmäßig als zu optimistisch.

Gleichzeitig mit dem Blockkraftwerk 5 war am 15. November 1967 auch eine Heizöl-Pipeline von der Raffinerie Schwechat der ÖMV zum Kraftwerk Simmering in Betrieb genommen worden. Dem Gesichtspunkt Sicherheit der Brennstoffversorgung kam im vergangenen Winter bekanntlich besondere Bedeutung zu, als sich zur Knappheit bei Erdgas unerwartet auch ein Engpaß bei Heizöl gesellte. Die E-Werke hatten jedenfalls rechtzeitig Vorsorge für die Erzeugungssicherung getroffen.

Auch im Jahre 1967 gingen die Arbeiten am nächsten Blockkraftwerk 6 zügig voran. Der Kraftwerksbau erforderte bei den Elektrizitätswerken im Jahre 1967 Investitionen von 272,6 Millionen Schilling. Der steigende Strombedarf bedingt aber nicht nur den Ausbau der eigenen Produktionsanlagen, sondern jedenfalls auch verstärkte Verteilungseinrichtungen. Auf dem Sektor der Umspann- und Unterwerke, der Leitungs-, Ortsnetze- und Netzumspanneranlagen mußte 1967 daher der beachtliche Betrag von 344 Millionen Schilling investiert werden, um den auch durch die Neubautätigkeit gesteigerten Anforderungen nachzukommen.

Wenn im Jahre 1967 Ertragslage und Jahreserfolg beim E-Werk günstig waren, so kündigt der 1968 wieder stärker wachsende Strombedarf bereits deutlich an, daß es keinen Stillstand der Investitionstätigkeit wird geben dürfen, wenn die Stromversorgung weiterhin so klaglos erfolgen soll. Daß die E-Werke sich auch ihrer Kostensituation bewußt bleiben müssen, ist aus der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Lage (im Bericht der Generaldirektion) zu ersehen.

Gerade die Wiener E-Werke bringen den Beweis, daß eine zentralisierte Elektrizitätswirtschaft für den Stromabnehmer keineswegs billiger käme. Erst in einer jüngst veröffentlichten Studie der "E-Korrespondenz" wird vermerkt, daß der 110 MW-Maschinensatz im Kraftwerk Simmering eben noch zurechtkam, um das Leistungsmanko der Laufkraftwerke im keineswegs besonders harten Winter 1967/68 auszugleichen. Aus den Tätigkeitsberichten des Bundeslastverteilers wird in der gleichen Studie nachgewiesen, daß Vorwürfe an Landesgesellschaften wegen ihres Baues von thermischen Kraftwerken vollkommen ungerechtfertigt sind, da Saisonausgleich und Überjahresausgleich von Schwankungen des Wasserdargebotes nicht allein von Sondergesellschaften der Verbundgruppe, sondern in noch höherem Maße durch die Wärmekraftwerke der Landesgesellschaften vorgenommen werden.

Beim Wiener Elektrizitätswerk herrscht kein "Kantönlicheist". Beweis dafür ist nicht zuletzt der im Jahre 1967 mit der Verbundgesellschaft geschlossene Koordinierungsvertrag. Dieser neue Energielieferungsvertrag gibt in den nächsten 10 Jahren beiden Vertragspartnern die für ihre Dispositionen im Erzeugungs- und Investitionssektor nötige Sicherheit. Der neue Koordinierungsvertrag ist somit ein wesentliches Instrument, damit die Wiener E-Werke ihrer Aufgabe, einer optimalen Lieferung ihres Versorgungsgebietes, nachkommen können.

Die Gaserke verzeichnen gegenüber 1966 eine Steigerung der Stadtgaserzeugung um 3,16 Prozent. Der Verkauf von Stadtgas blieb gegenüber den Annahmen des Wirtschaftsplanes 1967 mengenmäßig um 1,28 Prozent zurück, da die für den Heizgasverbrauch bestimmenden Monate neuerlich zu warm waren. Die Heizgaskomponente beträgt aber bereits mehr als 50 Prozent. Die Gaswerke entwickelten übrigens ein Verfahren zur Vorausschätzung der Mengenabgabe in Abhängigkeit von der Außentemperatur. Dieses Verfahren dient einer wirtschaftlichen Betriebsführung und ist nach eingehender Expertendiskussion auch von westdeutschen Gaswerken übernommen worden.

Im Verwaltungsbericht haben die Wiener Gaswerke die Stadtgaserzeugung des Jahres 1967 von 759 Millionen Kubikmeter zum Vergleich in MWh umgerechnet. Es ergibt sich dabei die vielleicht überraschende Tatsache, daß die Gaswerke mit umgerechnet 3,8 Millionen MWh unsere E-Werke, die 1967 2,9 Millionen MWh Energiebedarf deckten, übertreffen und als Energielieferant an der Spitze liegen. Damit scheint die traditionelle Bedeutung der Gasversorgung Wiens einmal mehr charakterisiert. Eine Gasstradition in unserer Stadt, an die sich mit Hilfe der ab 10. September 1968 zu erwartenden Erdgasimporte aus der UdSSR auch eine entsprechende Zukunft des Gasmarktes anschließen wird.

Es war für unsere Gaswerke im abgelaufenen Jahr nicht immer leicht, trotz der Rohstoffenge den Kundendienst nicht zu vernachlässigen. Daß es auch unter den erschwerten Umständen gelang, erweist die Ziffer von 11.476 mehr Gaszählern zu Ende 1967, wobei auch von den 8.963 Heizgasanträgen nur 848 abgelehnt werden mußten. 480 neue Kunden in Gewerbe und Industrie beweisen gleichfalls, daß die Gaswerke ihre Geschäftspolitik zwischen den Untiefen des Jahres 1967 erfolgreich zu steuern verstanden.

Das Wirtschaftsjahr 1967 war bei den Gaswerken nicht zuletzt auch durch die Preiserhöhung und Verknappung des heimischen Erdgases und die weitgehende Unsicherheit über das Ergebnis der Importbemühungen beeinträchtigt. Die für die Substituierung von Erdgas herangezogenen Rohstoffe bewirkten Mehraufwand. Gleichzeitig war der Koksverkauf rückläufig und im Preis gedrückt.

Die im Lagebericht vorgelegte Nachkalkulation der Selbstkosten für Stadtgas frei Ausgang Kundenmesser erweist, daß schon im Jahre 1966 Überlegungen hinsichtlich der Gaspreise aktuell waren. Auch die vom Gemeinderat im Jahre 1967 beschlossenen Maßnahmen bei Zählergebühr etc. vermochten die Aufwandunterdeckung nicht zu beseitigen. Für die Zukunft macht der Bericht der Generaldirektion den Gemeinderat auf die Erhöhungen des Personalaufwandes und der Rohstoffkosten - der Einstandspreis für Erdgas steigt mit der Importregelung um mehr als ein Drittel - aufmerksam.

Der beengten wirtschaftlichen Situation unserer Gaswerke im Jahre 1967 entspricht auch die Tatsache, daß die Investitionen gegenüber 1966 um 22 Millionen Schilling oder zehn Prozent geringer waren. Das wirkte sich besonders bei der Erneuerung des Rohrnetzes aus, für die 1967 nur 62,5 Millionen Schilling zur Verfügung standen, gegenüber 90,7 Millionen Schilling im Jahre 1966.

Auch hier muß uns allen bewußt sein, daß die Gewinnung neuer Gaskunden und die Steigerung des Gasabsatzes vom Zustand und Ausbau des Rohrnetzes unmittelbar abhängig sind. Es wäre ein Sparen am falschen Platz, den Rohrsektor noch weiter zu vernachlässigen.

Erstes Halbjahr 1968 ohne tödlichen Gasunfall

Wie aus dem Investitionsnachweis der Gaswerke ersichtlich ist, wurde auch im Jahre 1967 die Montage von CO-Konvertierungsanlagen zusammen mit dem Bau neuer Luftmethantransportanlagen in Simmering und Leopoldau fortgesetzt. Über den Erfolg der Gasentgiftung habe ich immer wieder Zwischenberichte gegeben. Ich kann heute dem Gemeinderat die erfreuliche Mitteilung machen, daß im 1. Halbjahr 1968 kein tödlicher Unfall zu verzeichnen war. Aber auch die Todesfälle durch Selbstmord gingen erfreulicherweise von 43 im 1. Halbjahr 1967 auf 28 im 1. Halbjahr 1968 zurück. Die Gesamtzahl der Vergiftungen betrug im 1. Halbjahr 1968 mit 104 Fällen nur mehr etwa die Hälfte der Vorjahresziffer.

Zusammenfassend läßt sich beim Gaswerk sagen, daß es im Wirtschaftsjahr 1967 von der Witterungs-, Kosten- und Rohstoffseite her Beeinträchtigungen in Kauf nehmen mußte. Gleichzeitig erscheint aber mit dem Abschluß des Importvertrages für russisches Erdgas unserem Gaswerk die Möglichkeit eröffnet, die Pflege des Marktes zielstrebig und mit einiger Erfolgsaussicht für die Zukunft zu betreiben.

Verkehrsbetriebe mit geringerem Fahrgastschwund

Die Wiener Verkehrsbetriebe eröffneten das Wirtschaftsjahr mit der Tarifreform vom 2. Jänner 1967, die das Jahresergebnis sowohl auf der Ertrags-, wie auch auf der Aufwandsseite beeinflusste. Immerhin stehen die Tarifgemeinschaft S-Bahn, die Einbeziehung privater Autobuslinien und der für den Fahrgast bequeme und preiswerte Vorverkauf in Trafiken mit einem Mehraufwand von rund 47 Millionen Schilling zu Buche.

Es verdient festgehalten zu werden, daß der Fahrgastrückgang trotz der Tarifierhöhung von 1966 auf 1967 mit 12 Millionen Beförderungsfällen oder 2,5 Prozent geringer war als der im Jahresbericht 1966 ausgewiesene Fahrgastschwund von 4,35 Prozent. Da die Motorisierung weiter anhielt, scheint der Schluß berechtigt, daß es den Verkehrsbetrieben mit den neuen Streckenkarten zumindest teilweise gelang, im Berufsverkehr die Konkurrenz mit dem PKW zu bestehen. Werbliche Bemühungen in den Massenmedien waren gleichfalls diesem Ziele zugeordnet.

Die Rationalisierung in Fahrbetrieb und Werkstätten wurde 1967 intensiv fortgesetzt. Nicht nur waren zu Ende 1967 bereits 136 schaffnerlose Beiwagen im Einsatz. Das entspricht, etwa 13 Prozent der insgesamt vorhandenen 1.042 Straßenbahn-Beiwagen. Auch mit dem Einsatz von Fahrscheinwertern wurde 1967 auf Stadtbahnstationen im Zuge der Rationalisierung begonnen. Für das Jahr 1967 melden die Verkehrsbetriebe eine Personalverringerung von 2,2 Prozent im Fahrdienst. Der Erfolg der Rationalisierungsmaßnahmen unserer Verkehrsbetriebe läßt sich im Jahre 1967 mit etwa 18,5 Millionen Schilling beziffern.

Alle diese Maßnahmen reichten aber nicht aus, der ungünstigen Erfolgsentwicklung bei den Verkehrsbetrieben entgegenzuwirken. Hiefür sind zum überwiegenden Teil allerdings Aufwandsentwicklungen verantwortlich, auf die die Verkehrsbetriebe keinen Einfluß haben. So erhöhte sich der Personalaufwand bei den Verkehrsbetrieben gegenüber dem Voranschlag 1967 um 104 Millionen Schilling und gegenüber dem Ergebnis 1966 um 140 Millionen Schilling. Weiters beziffert der Lagebericht der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke die Mindererlöse durch Sozialtarife für 1967 mit 277 Milliarden Schilling.

Auch die Zinsenbelastung für Fremdkapital stieg weiter an. Sohin ergibt sich für 1967 trotz Tarifregulierung ein echter Betriebsverlust der Verkehrsbetriebe von 669 Millionen Schilling.

Vergleicht man diese Ziffer mit dem betriebseigenen Verlust der Verkehrsbetriebe von 705 Millionen Schilling im Jahre 1966, so wird deutlich, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen gerade ausreichten, um im Wirtschaftsjahr 1967 eine weitere Verschlechterung hintanzuhalten.

Mit dem durch Auflösung der Rücklage für allgemeine Zwecke um 270 Millionen Schilling gekürzten Verlustvortrag aus 1966 beträgt der Gesamtverlust der Verkehrsbetriebe zum 31. Dezember 1967 1.846 Millionen Schilling.

Den größten Anteil am Anwachsen der Aufwendungen hatte durch die bekannten besoldungsrechtlichen Maßnahmen der Personalaufwand.

Mit 1.293 Millionen Schilling findet er trotz der Tarifänderung wieder keine Deckung in den Beförderungserlösen von 1.098 Millionen Schilling. Dieser Beförderungsertrag deckt im Jahre 1967 noch 54 Prozent des Gesamtaufwandes der Verkehrsbetriebe. Während der Gesamtaufwand der Verkehrsbetriebe von 1962 auf 1967 um 44 Prozent gestiegen war verzeichneten die Beförderungserträge im gleichen Zeitraum eine Steigerung um 25 Prozent.

Die im Jahre 1967 getroffenen Verkehrsverbesserungen beweisen aber, daß sich die Verkehrsbetriebe nicht entmutigen lassen. So wurden drei neue Autobuslinien eingerichtet, um den Verkehrsbedürfnis gerecht zu werden. Es wurden rund 97 Millionen Schilling für die Erneuerung des Fahrparks aufgewendet und auch der Neubau der Hauptwerkstätte schreitet zügig voran. Wie wichtig diese Betriebssparte ist, erhellt aus dem Umstand, daß im Jahre 1967 immerhin 2.698 Wagen und 227 Drehgestelle die Hauptwerkstätte durchliefen. Daran waren - eine weitere negative Auswirkung der Motorisierung auf die Verkehrsbetriebe - allein 858 Karambolschäden beteiligt.

Die Verkehrsbetriebe werden sich weiters bemühen, ihre relativen Betriebskosten zu senken. Sie werden weiter um Fahrgäste auch im Kreise der Autofahrer werben. Sie werden dies auch mit dem Argument der Sicherheit tun können. Dafür sprechen folgende

Ziffern ganz eindeutig: Die Zahl der Unfälle bei den Verkehrsbetrieben war im Vorjahr mit 2.557 um fast 40 Prozent geringer als im Jahre 1937. - Demgegenüber stieg die Zahl der PKW-Unfälle in Wien von 2.558 im Jahre 1937 erschreckend auf 17.258 im vergangenen Jahr.

60 Jahre Städtische Bestattung

Die Städtische Bestattung konnte 1967 das 60-jährige Jubiläum ihres Bestandes feiern. Aus diesem Anlaß wurde im Direktionsgebäude ein Bestattermuseum eröffnet, das einen Überblick über die Geschichte des Bestatterberufes und über die Entwicklung des Unternehmens seit seiner Gründung unter Bürgermeister Dr. Karl Lueger gibt.

Im April des Jubiläumjahres wurden auch die Bauarbeiten an der neuen Sargfabrik in Atzgersdorf begonnen. Mit der Aufnahme des Erzeugungsbetriebes in diesem neuen Objekt, das modern und rationell mit vollkommenem Fließband eingerichtet wird, ist in wenigen Wochen zu rechnen.

Das Unternehmen erhielt im Jahre 1967 rund 28.800 Bestattungsaufträge. Der Fahrpark hatte 734.500 Kilometer Fahrleistung zu erbringen, sodaß auf den einzelnen Auftrag durchschnittlich 25 Kilometer Fahrleistung entfallen.

Das Jahresergebnis 1967 der Wiener Stadtwerke bringt einen Verlust von 296,5 Millionen Schilling. Diese Ziffer mag im ersten Moment hoch erscheinen, vergleicht man sie mit dem Ergebnis von 44 Millionen Schilling Verlust im Jahre 1966. Bei der Beurteilung des Jahresverlustes 1967 sind jedoch mehrere Komponenten zu berücksichtigen:

Im Jahresbericht gemäß § 34 des Statutes für die Unternehmungen der Stadt Wien weist die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke darauf hin, daß bei einem Vergleich der Jahre 1966 und 1967 zu beachten ist, daß im Jahre 1966 die Wiener Stadtwerke von der Stadt Wien einen erfolgswirksamen Zuschuß von 170 Millionen Schilling erhielten und außerdem eine stille Reserve von 71,7 Millionen Schilling bei der unverrechneten Stromabgabe erfolgswirksam aufgelöst wurde. So betrachtet ist 1967 ein betrieblicher Mehrverlust von nur 11 Millionen Schilling gegenüber 1966 zu verzeichnen.

Natürlich darf diese Betrachtung nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Jahresverlust 1967 rund dreizehn Prozent des bilanzmäßig ausgewiesenen Eigenkapitals der Wiener Stadtwerke beträgt. Dies schon unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die im Bilanzjahr 1967 seitens der Hoheitsverwaltung vorgenommene Kapitalaufstockung von 400 Millionen Schilling in Form von Rücklagen auf der Kapitalseite der Bilanz aufscheint.

Einem Ansteigen der Aufwendungen um 412 Millionen Schilling im Jahre 1967 stehen Mehrerlöse von 406 Millionen Schilling gegenüber, verglichen mit 1966. Wie auch das Kontrollamt in seinem Prüfungsbericht anführt, ist an der Steigerung des Aufwandes gegenüber 1966 maßgeblich der Personalaufwand mit 220 Millionen Schilling beteiligt, wovon der Anteil der Verkehrsbetriebe wieder 140 Millionen Schilling beträgt. Weiters fallen noch die Erhöhung der Abschreibungen mit 55,4 Millionen Schilling und des sonstigen ordentlichen Aufwandes mit 102 Millionen Schilling besonders ins Gewicht.

Die Erhöhung des Jahresverlustes um 176 Millionen Schilling gegenüber der Annahme des Wirtschaftsplanes 1967 bedarf ebenfalls einer Erklärung: Es erhöhten sich die Gesamtaufwendungen gegenüber dem Erfolgsplan 1967 um 151 Millionen Schilling, während die Erträge um mehr als 25 Millionen Schilling hinter den Ansätzen zurückblieben. Auch bei diesem Vergleich fällt die Steigerung des Personalaufwandes um 131 Millionen Schilling besonders ins Gewicht. Also eine Komponente, die dem Einfluß der Wiener Stadtwerke entzogen ist.

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital der Wiener Stadtwerke betrug Ende 1967 2,3 Milliarden Schilling oder 21,8 Prozent gegenüber dem ausgewiesenen Fremdkapital von 8,3 Milliarden Schilling oder 78,2 Prozent. Die Relation zwischen Eigenkapital und Fremdkapital hat sich gegenüber 1966 durch die Verlustentwicklung und trotz der Kapitalaufstockung geringfügig um 0,3 Prozent verschlechtert. Diese Entwicklung wird von der Überschuldung der Verkehrsbetriebe bestimmt.

Zu Recht weist auch das Kontrollamt darauf hin, daß die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrsbetriebe und damit auch der Wiener Stadtwerke im Geschäftsjahr 1968 weiter anhalten wird. Neben geringeren Leistungserlösen werden wesentliche Aufwandssteigerungen in erster Linie beim Personalaufwand und den Aufwandzinsen ins Gewicht fallen. Auf Grund dieses Sachverhaltes rechnet auch das Kontrollamt damit, daß sich der für 1968 präliminierte Jahresverlust nicht unwesentlich erhöhen wird. Eine Verbesserung der Erfolgs- und Vermögenslage, so bemerkt das Kontrollamt, wird daher weiterer finanzieller Maßnahmen bedürfen.

Das Kontrollamt hat die Jahresrechnung 1967 der Wiener Stadtwerke geprüft und den uningeschränkten Prüfungsbefund erteilt."

Hierauf stellte die Referentin die formalen Anträge.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Rindernachmarkt vom 11. Juli
=====

11. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 2 Kühe, Summe 2.
Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

- - -

Schweinenachmarkt vom 11. Juli
=====

11. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren: 109,
Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. Marktverkehr ruhig,
Hauptmarktpreise.

- - -

Pferdenachmarkt vom 11. Juli
=====

11. Juli (RK) Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt 0. Auftrieb
im Auslandsschlachthof 31 Pferde aus Jugoslawien, hievon 17
Fohlen Preise: 13 bis 13.80.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
===== /

11. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute
waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten
besonders preisgünstig:

Gemüse: Feldgurken 5 bis 8 S, Kraut 4 S, Paradeiser 3 bis
4 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 6 S, Pfirsiche 5 bis 8 S, Wassermelonen 6
bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Die Jause ist besser als jede Rede . . .
=====

Belgische Kinder im Wiener Rathaus

11. Juli (RK) 35 belgische Kinder wurden heute nachmittag von Vizebürgermeister Felix Slavik im Grünen Saal des Rathauskellers begrüßt. Es gab eine Jause und einen Rundgang durch das Wiener Rathaus. Die Buben und Mädels waren im Austausch nach Wien gekommen: während sie nämlich jetzt 14 Tage die Wiener Gastfreundschaft genießen, verbringen ebenso viele Kinder aus Wien ihren Urlaub an der Nordsee.

Ziel der Austauschaktion ist, so betonte Slavik in seiner Willkommensrede, Freundschaft schon zwischen den Kindern aller Länder anzubahnen. Kennt man einander sozusagen von Klein auf, hat man Eltern, Freunde und Bewohner eines anderen Landes schätzen und lieben gelernt, bedeutet dies für später, daß der Friede auf der Welt eher erhalten bleibt. Lehrer und Pädagogen meinen, es sei schlimm, wenn Buben untereinander raufen. Wenn aber Große miteinander raufen, dann ist es ganz gefährlich: das bedeutet Krieg, Mord und Totschlag. Da ich aber weiß, daß jede Jause besser ist als eine noch so schöne Rede, so bitte ich euch jetzt nur, nach eurer Rückkehr Eltern und Freunden auszurichten, daß wir sie herzlich grüßen lassen und uns wünschen, sie mögen uns ebenso in Freundschaft verbunden sein, wie wir ihnen" schloß der Vizebürgermeister seine launige Begrüßung und gab damit das Zeichen zum Essensbeginn. Die bis dahin mäuschensstill sitzenden Gäste verwandelten sich im Handumdrehen in richtige Kinder, die große Löcher in die Kuchenberge aßen. Nach dem Rundgang durch das Rathaus kehrten sie in das Kinderheim Paradies zurück, wo 190 gleichaltrige Wiener Kinder auf die Spielgefährten aus Belgien warteten.

- - -

Max von Oberleithner zum Gedenken
=====

11. Juli (RK) Auf den 11. Juli fällt der 100. Geburtstag des Komponisten Dr. Max von Oberleithner.

Er wurde in Mährisch-Schönberg geboren und kam schon früh nach Wien, wo er an der juridischen Fakultät der Universität das Doktorat erwarb. Gleichzeitig widmete er sich als Privatschüler Anton Bruckners Musikstudien. In der Folge wirkte er vorübergehend als Theaterkapellmeister, widmete sich aber schließlich dem freien Schaffen. Am 5. Dezember 1935 ist er in seinem Heimatstädtchen gestorben. Oberleithner hinterließ ein beachtliches Ouvre, zu dem auch drei Symphonien und gegen 50 Lieder gehören. Seine ureigenste Domäne war jedoch die Oper. Nachhaltigen Erfolg hatte "Aphrodite", mit deren Hauptrolle Maria Jeritzka 1912 an der Wiener Hofoper ihre Karriere begründete. Starke Publikumswirkung erzielte auch die Oper "Der eiserne Heiland".

- - -

Angelobung eines Bezirksrates
=====

11. Juli (RK) Heute wurde von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Theodor Hammerschmid (6. Bezirk) als neuberufener **Bezirksrat angelobt**. Obermagistratsrat Dr. Franz Liska verlas die Gelöbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Dkfm. Hintschig mit Handschlag das Gelöbniß.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Die Debatte

GR. Karger (KLS) bezeichnet die Bilanz als eindeutigen Beweis dafür, daß der von den Mehrheitsparteien eingeschlagene Weg kein Weg zur Sanierung der Stadtwerke, ja nicht einmal ein Weg zum schrittweisen Abbau der Schwierigkeiten war, sondern im Gegenteil genau das eingetreten ist, was die Kommunisten vorausgesehen haben. Die Wiener haben 1967 durch die von SPÖ und ÖVP beschlossenen großen Tariferhöhungen bei der Straßenbahn um 267 Millionen mehr bezahlt, das Defizit der Stadtwerke ist dennoch nicht kleiner geworden, sondern wesentlich größer, es hat die 300 Millionen-Grenze erreicht.

Der einzige Gewinner bei den sogenannten Sanierungsmaßnahmen ist - politisch und finanziell - die ÖVP-Regierung und der Finanzminister. Politisch dadurch, daß die Tariferhöhungsmaßnahmen eine Rechtfertigung für gleichartige Regierungsmaßnahmen sind, und finanziell auch dadurch, daß die Tariferhöhungen bei den Bundesbahnen zu vermehrten Einnahmen und auch zu Erhöhungen der Beförderungssteuer geführt haben, die der Finanzminister kassiert. Die Verlierer aber sind die Wiener und die Wiener Stadtwerke, weil sie sich weiterhin in einem Teufelskreis der Ausweglosigkeit befinden.

Die kürzliche Erklärung des Vizebürgermeisters Slavik, daß für das kommende Jahr tiefgreifende Maßnahmen zur Sanierung der Stadtwerke beraten werden müssen, ist ein Einbekenntnis des Bankrotts der bisherigen Sanierungspolitik durch Tariferhöhungen. Wir begrüßen dieses Einbekenntnis, weil dadurch neue Voraussetzungen für echte Sanierungsmaßnahmen gegeben sein können.

GR. Karger präzisiert seine Auffassungen zur Sanierung der Stadtwerke folgendermaßen: Da Verkehrsbetriebe in der öffentlichen Hand nicht kostendeckend geführt werden können, sind die notwendigen großen Investitionen aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen, wobei ein entschiedener Kampf darum geführt werden muß, daß die Regierung ihre Verpflichtung gegenüber der Bundeshauptstadt erfüllt, einen entsprechenden Beitrag zu den Investitionskosten zu leisten. Für die Realisierung des U-Bahn-Projekts ist auch entscheidend, daß die Regierung auf die Besteuerung der Wiener Verkehrsbetriebe verzichtet.

Ferner müßte die Stadtverwaltung eine gestaffelte Unternehmerabgabe zur Sanierung der Verkehrsbetriebe einführen. Weiter müßte sie auf die Entrichtung der Gebrauchsgebühren verzichten und die Stadtwerke von betriebsfremden Lasten befreien. Es muß alles geschehen, den öffentlichen Verkehr rasch, bequem, billig und anziehend zu gestalten.

Wir lehnen den Rechnungsabschluß ab, weil wir mit den sich darin widerspiegelnden verfehlten wirtschaftspolitischen Überlegungen nicht einverstanden sind.

GR. Peter (FPÖ) sprach als erster Debattenredner. Er widmete zunächst seine Ausführungen dem "Minifalter" mit Informationszahlen über die Wiener Stadtwerke, den Stadträtin Dr. Schaumayer im Gemeinderat hatte auflegen lassen. Er versprach den Prospekt "zur Erhärtung für ungläubige Frager" stets bei sich zu tragen. Dann setzte sich GR. Peter kritisch mit den Erhöhungen im Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke auseinander. Die Sacheinlage der Stadt Wien bei den Verkehrsbetrieben, das Verkehrsbauwerk Lastenstraße, mit 250 Millionen Schilling könne +) man nicht finanziell zurückgreifen, es kann jarnicht liquid gemacht werden. Denn: wer kauft schon so ein Verkehrsbauwerk?

Bedenklich sei das Ansteigen des Fremdkapitals um weitere 513,2 Millionen Schilling auf insgesamt 8.335,1 Millionen. Die Kosten der Fremdfinanzierung betrugen im vergangenen Jahr 330 Millionen Schilling, das sind 0,9 Millionen pro Tag. Würde man die Fremdfinanzierung durch Eigenfinanzierung ersetzen, könnte der derzeitige Tagesverlust der Verkehrsbetriebe von 1,83 Millionen auf die Hälfte herabgedrückt werden.

+) nicht gut als Rücklage angesehen werden. Auf ein solches Verkehrsbauwerk könne

./.

Wenn man auch auf dem Standpunkt stehe, die Verkehrsbetriebe seien kein auf Gewinn abgestelltes Unternehmen, sondern ein Versorgungsbetrieb, müsse man sich dennoch fragen, wie es angesichts dieser Riesenverluste weitergehen soll.

Abschließend stellte GR. Peter fest, daß sich die Verluste der Verkehrsbetriebe erst dann in erträglichen Grenzen halten werden, wenn man mit attraktiveren Leistungen aufwarten könne. Mit anderen Worten: wenn es die U-Bahn geben wird. Es sei zu bedauern, daß zur Realisierung der Wiener U-Bahn noch nicht mehr geschehen sei.

GR. Haag (ÖVP) gab noch einmal einen Überblick über den Abgang der Wiener Stadtwerke, der trotz aller Zuschüsse aus der Hoheitsverwaltung 13 Prozent oder ein Achtel des Stammkapitals beträgt. Sicher ist, daß das Auslangen ohne Zuschüsse aus der Hoheitsverwaltung speziell bei den Verkehrsbetrieben ausgeschlossen ist, obwohl so gut wie alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Durch den Vertrag mit der Sowjetunion sei der Bezug von 150 Millionen Kubikmeter Erdgas sichergestellt, doch bedeutet der Vertrag nicht nur das Recht des Bezuges, sondern auch die Verpflichtung der "Abnahme auf jeden Fall". Es sei also Vorsorge zu treffen, daß im Augenblick nicht benötigte Gasmengen gespeichert werden können. Was den Preis des russischen Erdgases anlangt, betrage er nicht wie kürzlich in einer Zeitung zu lesen war - das Doppelte, sondern bedeutet nur eine Erhöhung um ein Drittel der bisherigen Kosten (Vizebürgermeister Slavik: Man müsse bei solchen Berechnungen auch die Verteuerung durch das Speichern der überschüssigen Gasmengen miteinbeziehen).

Mit den Rationalisierungsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben sei man fast am Plafond angekommen: eine der wenigen Maßnahmen, die man noch treffen könne, sei der schaffnerlose Autobus, den man demnächst versuchsweise in den Verkehr stellen werde. Die vor der Türe stehende Gehaltserhöhung - sie tritt am 1. Oktober 1968 in Kraft und bringt eine Mehrbelastung von 209 Millionen Schilling - und viele durchaus berechtigte Verbesserungswünsche aus der Bevölkerung stellen neue finanzielle Belastungen dar, deren Bedeckung noch ungelöst ist. ./.

Vermutlich erst mit der Inbetriebnahme der U-Bahn wird sich die defizitäre Situation der Verkehrsbetriebe ändern. Wie man aus anderen Ländern weiß, benützen viele Pkw-Besitzer die rasch und pünktlich verkehrende Untergrundbahn. Sie kommen also als zusätzliches Fahrpublikum in Betracht. Im Augenblick könne man nur empfehlen, rascher als bisher Ansuchen um Gasbeheizungen positiv zu erledigen, wobei in erster Linie die ständig und gleichmäßig abnehmenden Gewerbe und Industriebetriebe zu bevorzugen sind. Die von den Sozialisten angeregte Verlangsamung des Ausbaues der Wiener Stromerzeugung halte er für nicht vertretbar. Ganz im Gegenteil: man sollte im Zusammenhang mit den Hochwasserschutzbauten darüber nachdenken, ob man nicht an den Stadtgrenzen Wiens Kraftwerke ausbauen könnte.

GR. Stockinger (SPÖ) stellte fest, daß neue Tariferhöhungen keinesfalls in Betracht kämen. Erfreulicherweise könne man trotz der Tariferhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben vermehrte Abnahme von Wochenstreckenkarten feststellen. Auch die Einbeziehung der privaten Autobuslinien in den Einheitstarif wurde von der Bevölkerung begrüßt. Ein weiterer Punkt der Tarifregelung waren auch die Soldatenfahrtscheine. Das Bundesheer bekommt ein monatliches Kontingent von 30.000 Fahrtscheinen a S 2,--. Leider gibt es in verschiedenen Kasernen Klagen, daß die Jungmänner oft während eines größeren Zeitraumes keinen solchen Fahrtschein bekommen. Der Redner stellt eine diesbezügliche Anfrage, und ersucht um Beantwortung im zuständigen Ausschuß. Alle diese zusätzlichen Leistungen, verursachen natürlich ~~x~~ auch zusätzliche Kosten. Das gilt für die Einbeziehung der Schnellbahn ebenso wie für die Provisionen, die den Trafiken für den Fahrtscheinverkauf gegeben werden müssen, wie für die Bezahlung der privaten Autobuslinien. Es sind daher alle Maßnahmen, die der Rationalisierung und Modernisierung der Verkehrsbetriebe dienen, besonders zu begrüßen.

Bei den Gaswerken hat das Erdgas eine dominierende Rolle eingenommen. Die Versorgung Wiens mit Erdgas erscheint für die Zukunft gesichert, doch wird dadurch die Frage der direkten Belieferung der Haushalte mit Erdgas aktuell.

Bei den E-Werken ist die gute wirtschaftliche Situation auf die großen Investitionen für den zielstrebigen Ausbau der Produktion und den intensiven Ausbau des Rohrnetzes zurückzuführen. Die Stadt Wien wird weiterhin ausreichend Kraftwerke bauen müssen.

Auf dem Sektor des U-Bahn-Baues muß man immer wieder feststellen, daß hier kein Versäumnis der Ersten oder Zweiten Republik vorliege, sondern daß in anderen Ländern bereits um die Jahrhundertwende mit dem U-Bahn-Bau begonnen wurde. Wir haben in Wien bereits große Bauwerke errichtet oder im Bau, die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau stehen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die Stadtwerke moderne, zielstrebige Unternehmungen sind und man den Betriebsleitungen, Arbeitern und Angestellten für die erbrachten Leistungen danken müsse.

Schlußwort

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer bemerkt, sie könne sich den Ansichten des KP-Redners, die Prophezeihungen seiner Fraktion seien eingetroffen, nicht anschließen, allein schon, wenn sie an die Prognosen bezüglich der Frequenzen denkt. Auch hinsichtlich der Verlustentwicklung sei sie anderer Ansicht als die Oppositionsredner. Die Budgetierung der Unternehmungen weicht nur um rund ein Prozent von den tatsächlichen Ergebnissen ab. Tarifierhöhungen stehen im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Rechnungsabschlusses nicht zur Debatte.

Danach wandte sich die Rednerin dem Vorwurf zu, die E-Werke würden ihre Selbstkostenrechnung nicht richtig darlegen und erklärte, da die Selbstkostenrechnung keine Rechtsverbindlichkeit habe, sei es durchaus vertretbar, quasi Risikoprämien einzurechnen.

"Da es in diesem Saal hier oft zitiert wurde, hoffe ich auf ein gutes Klima zwischen Bund und Gemeinde bezüglich des U-Bahn-Baues." Dennoch müsse man die Realitäten im Auge haben: Wenn auf der einen Seite keine Investitionskürzungen vorgenommen werden sollen, auf der anderen keine Regelung von der Tarifseite her, dann bleibt die Frage offen, wie sich die Schere bei den

Stadtwerken schließen soll, die an Hand des Rechnungsabschlusses wohl überzeugend gezeigt wurde.

Hinsichtlich der Fernwärme glaubt die Rednerin nicht an eine Konkurrenzierungsabsicht innerhalb der Stadtverwaltung. Man könne Fernwärme ja auch gut ergänzend in das Gesamtenergie-Konzept einbauen.

Für den Soldatenfahrschein wird auch eine Lanze gebrochen: Da seit der Aufhebung des Gebotes, Uniform auch in der Freizeit zu tragen, die Interessentenzahl für Soldatenfahrschein gestiegen sei, möge man eine Aufstockung um etwa ein Drittel denken.

Für eine Direkterdgasversorgung der Wiener Haushalte werden zur Zeit bei den Wiener Gaswerken die Pläne erstellt. Da es sich jedoch um rund eine dreiviertel Million Haushalte handelt, geht schon daraus die Langfristigkeit des Konzeptes hervor, die man in der Phase der Durchführung mit fünfzehn bis zwanzig Jahren beziffern kann.

Die Berichterstatterin schließt mit dem Dank für das rege Interesse für die Stadtwerke und der Bitte, den Problemen ihrer Geschäftsgruppe auch weiterhin aufgeschlossen gegenüberzustehen.

Die Anträge werden von der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Vorsitzende, Ing. Lust, unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Freitag, den 12. Juli, nach der Sitzung des Wiener Landtages, die um 9 Uhr tagt, wieder aufgenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -